Regierung. Eigentlich müsste die Regierung, die sonst keine Möglichkeit auslässt, mit Sparpaketen bei Jung und Alt hier 5000 und da 3000 Franken zu kürzen, allergrösste Freude an WinWin haben. Aber weil die Regierung weiss – und mit ihr die «staatstragenden» Parteien –, dass man gegen die Verwaltung keine Wahlen gewinnen kann, bekämpft sie die bessere Lösung.

In den kommenden Wochen werden Sie, liebe Stimmbürgerinnen, liebe Stimmbürger, bombardiert werden mit Regierungspropaganda. Da werden die Chefs von Staatsbetrieben (Post, LKW, AHV, Gasversorgung ...) in Inseraten und Interviews den Regierungsvorschlag in höchsten Tönen loben und vor angeblichen Gefahren warnen. Das machen sie aber nicht aus Überzeugung, sondern weil die Regierung sie dazu nötigt.

Sie erinnern sich: Letzten Herbst wollte unter anderem die AHV nur noch raus aus der unseligen PVS. Was tat die Regierung? Sie verbot es der AHV und allen anderen Staatsbetrieben kurzerhand. Warum? Um sich die Stimmen der Angestellten für die Abstimmung zu sichern. Auch (halb-)staatliche Kultur- und Bildungsinstitutionen wie Universität, Kunstschule, Erwachsenenbildung etc. werden in den Lobgesang einstimmen müssen. Denn wer nicht spurt, muss in Zukunft Angst um die bereits schon empfindlich gestutzten staatlichen Fördermittel haben. 80 Millionen Franken sparen wir bei WinWin auch darum, weil die Beiträge an die Kasse künftig 50:50 von Arbeitgeber getragen werden, wie das in Liechtenstein die Regel ist. 80 Millionen Franken in zehn Jahren, das sind 20 000 Franken pro Tag! So manche kleine Institution in Liechtenstein wäre froh, sie bekäme so viel pro Jahr. Diskutieren Sie mit uns auf

Diskutieren Sie mit uns auf www.facebook.com/winwin50, was Sie von der anrollenden Propagandaoffensive halten oder besuchen Sie unsere Website pensionskasse-win-win.li. Übrigens: WinWin finanziert sich zu 100 Prozent aus Spenden aus der Bevölkerung. Jede Spende ist sehr willkommen. Nikolaus Frick

Regierungspropaganda auf Kosten der Steuerzahler

Mit WinWin haben wir zwei Alternativen, die bis zu 80 Millionen Franken günstiger sind als der angeblich «alternativlose» 300-Millionen-Vorschlag der